

Pläne für die Zeit nach Engholm

Das chaotische Kieler Krisenmanagement des SPD-Chefs verbittert die Bonner Genossen. In der Partei kursieren bereits Pläne für den Wechsel an der Spitze. Der Hannoveraner Gerhard Schröder möchte Engholm beerben.

Weißt du was Neues?“ fragte am vorigen Donnerstag ein sozialdemokratischer Ministerpräsident am Rande einer Bonner Sitzung einen SPD-Kollegen. Kopfschütteln, Achselzucken, Gemurmel.

Führende Sozialdemokraten werden leiser oder schweigen, wenn vom Schicksal ihres Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Björn Engholm die Rede ist. Die Versuche des Chefs, seine Kieler Affäre dem politischen Gegner und finsternen Drahtziehern in die Schuhe zu schieben, stoßen jenseits der Deichkante kaum noch auf Verständnis.

Immer neue Meldungen von der Förde stacheln bei vielen Bonner Parteifreunden stillen Zorn an. Ärger über das Krisenmanagement des Kollegen in Kiel überkam auch manchen SPD-Ministerpräsidenten: Die Erklärungen Engholms schienen, so einer der Brandt-Enkel, „darauf angelegt, ständig neue Fragen zu provozieren“.

Die Debatte über die SPD und ihren Spitzenmann könne man, sagt ein Ministerpräsident, „nur in Kiel austreten, aber nicht, indem man sich dort stückchenweise neue Brocken aus der Nase ziehen läßt“.

Überrascht hatten die Parteiobere vorige Woche dem SPIEGEL entnommen, daß ihr Vorsitzender den Hamburger Anwalt Peter Schulz gar nicht von der Schweigepflicht über ein fast sechs Jahre zurückliegendes Schlüsselereignis der Barschel-Affäre entbinden könne: Schulz sei, so hatte Engholm dem SPIEGEL offenbart, am 7. September 1987 beim Treffen des Schmutzbeauftragten Reiner Pfeiffer mit den Sozis Günther Jansen und Klaus Nilius im Lübecker Hotel Lysia nicht mit seinem, wohl aber mit einem „fixierten Mandat“ Jansens ausgestattet gewesen.

Aufatmen in der Bonner Barocke: Endlich distanzierte sich der Vorsitzende und Kanzlerkandidat von den un-



Kieler Parteifreunde Engholm, Jansen: „Stückchenweise Brocken aus der Nase“

Schuhe aus England. Anzüge aus Italien. Berufskleidung von Profitex.



Das Äußere ist das sich offenbarende Innere. Kleider machen Leute.

Profitex Berufskleidung im Mietsystem macht Profis.

Das einheitliche Erscheinungsbild vermittelt Kompetenz, Vertrauen und stärkt das Wir-Gefühl. Mitarbeiter und Kollegen als Visitenkarte des Unternehmens. Denn nichts ist entscheidender als der erste Eindruck. Wenn Sie Fragen haben, melden Sie sich bitte per Telefon oder Fax.

Profitex. Das trägt man heute.

Profi Tex

Das saubere Mietsystem

Zentrale für Deutschland:
Profitex GmbH · Berufskleiderservice
Christian-Messner-Straße 50
7218 Trossingen
Tel. 0 74 25 / 2 24-200
Fax 0 74 25 / 2 24-299

„Nur schweren Herzens“

Die Kieler Spitzengenossen und ihre Probleme mit der anwaltlichen Schweigepflicht

Zu einem zentralen Mysterium in der Kieler Schubladen-Affäre hat sich letzte Woche ein Geheimtreffen von SPD-Politikern mit dem damaligen Medienreferenten von Uwe Barschel, Reiner Pfeiffer, entwickelt, das fünfzehn Jahre zurückliegt und das bereits in der Waterkantgate-Affäre eine wichtige Rolle spielte.

Ein Untersuchungsausschuß des Kieler Landtags, am Dienstag voriger Woche eingesetzt, will von Ende April an herausfinden, was Kieler Sozialdemokraten seit wann von der Barschel-Affäre wußten und welche Bedeutung dabei der merkwürdigen Begegnung mit Pfeiffer zukommt.

Am 7. September 1987, sechs Tage vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl, kamen der damalige SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen, dessen Sprecher Klaus Nilius sowie der Hamburger Ex-Bürgermeister und Rechtsanwalt Peter Schulz (SPD) mit Uwe Barschels Mann fürs Grobe spät-abends im Lübecker Hotel Lysia zusammen.

Nach bisherigen Bekundungen von Jansen, Nilius und Pfeiffer erfuhr der SPD-Chef bei diesem Treffen erstmals durch Pfeiffer von den schmutzigen Tricks, die in der Kieler Staatskanzlei von Ministerpräsident Barschel und dessen Helfern gegen den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm ausgeheckt und Anfang 1987 auch ausgeführt worden waren. Vor Jansen hatte Pfeiffer bei mehreren konspirativen Treffen Nilius ins Bild gesetzt, spätestens vom 16. Juli 1987 an.

Unklar ist bis heute, wann Engholm, Jansen und Nilius von den aktiven Maßnahmen Barschels und Pfeiffers tatsächlich Kenntnis erhielten. Engholm will erst am Abend des 13. September 1987, dem Wahltag, durch seinen Parteifreund Nilius von dessen Kontakten zu Pfeiffer und von den Mächtschaften aus der CDU-Staatskanzlei erfahren haben. Sollte sich nun herausstellen, daß Engholm bereits vorher, etwa im Zusammenhang mit dem Lysia-Treffen, über Pfeiffers Aktivitäten informiert wurde, wäre er einer Lüge überführt und seine Karriere wohl zu Ende.

Unklar ist gleichfalls, ob Pfeiffer während des Gesprächs am 7. September von den Genossen Zusagen für seine Zukunft erhalten hat. Sie könnten erklären, weshalb Jansen 1988 und 1989 heimlich rund 50 000 Mark an Pfeiffer gezahlt hat – aus abgezweigtem Geld, das die Familie in einer Schreibtisch-

Schublade gesammelt habe, wie jedenfalls Jansen behauptet.

Vor gut fünf Jahren hatten Jansen, Nilius und auch Engholm schon einmal versucht, die Lysia-Liaison um jeden Preis zu verbergen. Zunächst verheimlichten sie das Treffen, belogen die Öffentlichkeit und berichteten erst später von der Zusammenkunft.

Ist Engholm glaubwürdig?

„Engholm sagt, er habe erst kurz vor der Landtagswahl 1987 von den Kontakten Pfeiffers zu Nilius und Jansen erfahren.“

Angaben in Prozent

„das glaube ich ihm“

27

„das glaube ich ihm nicht“

57

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, 1000 Befragte, 22. bis 24. März 1993

Rechtsanwalt Schulz verweigerte gegenüber der Staatsanwaltschaft und vor dem damaligen Waterkantgate-Untersuchungsausschuß jegliche Aussage und berief sich darauf, seine anwaltliche Schweigepflicht sei von Engholm nicht aufgehoben worden.

Jetzt haben Engholm und Jansen, der vergangenen Dienstag auf massiven Druck seiner Genossen zurücktrat, Schulz partiell entpflichtet. Doch ihre Erklärungen sind derartig gedreht, daß wieder einmal mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben werden.

Engholm bestätigt in seiner Erklärung vom vergangenen Mittwoch, daß Schulz 1987 für ihn und Jansen „mit einem umfassenden Mandat ... tätig geworden ist“. Die Teilnahme am Lysia-Treffen aber sei allein „auf Bitten und im Auftrag Günther Jansens, zwar ohne mein Wissen und ohne meinen Auftrag, aber auch im Rahmen des von mir Peter Schulz übertragenen und von ihm wahrgenommenen umfassenden Mandats“ erfolgt.

Danach aber hätte Schulz seinen Mandanten Engholm über Pfeiffers unglaublichen Bericht informieren müssen, zumal er bereits am selben Tag eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Verleumdung des SPD-Spitzenkandidaten gestellt hatte.

Engholm fährt in seiner Erklärung rätselhaft fort: Für das Gespräch am 7. September, „das nicht meinen persönlichen und privaten Bereich betrifft“, entbinde er „Schulz gegenüber dem jetzt konstituierten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß von der Schweigepflicht“.

Darf also Schulz aussagen, ob er Engholm von Pfeiffers Erzählungen umgehend oder später berichtete? Betrafen Pfeiffers Angaben nicht auch Engholms „persönlichen Bereich“? Und warum gilt die stark eingeschränkte Aufhebung der Schweigepflicht nur für den Untersuchungsausschuß, der frühestens am 22. April zu ersten Zeugenvernehmungen zusammenkommen wird? Haben die Kieler Sozialdemokraten, fragen viele innerhalb und außerhalb der Partei, etwas zu verbergen?

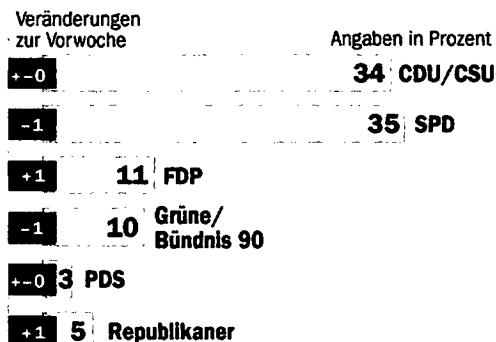
Jansens Erklärung zur gleichen Sache ist nicht weniger kryptisch: „Ich wußte bis zum Treffen um ca. 21.15 Uhr nicht, auf wen ich in Lübeck treffen würde.“ Dann berichtete Pfeiffer laut Jansen „über ungläubliche Aktionen gegen die SPD und Björn Engholm aus der CDU-Staatskanzlei“, von denen der damalige SPD-Chef hier erstmals erfahren haben will.

„Rechtsanwalt Schulz traf damit zugleich auf jemanden, der offenbar zu denen gehörte, gegen die er gerade eine Strafanzeige gegen Unbekannt im Auftrag von Björn Engholm gestellt hatte“, schreibt Jansen. Und: „Von dieser Strafanzeige wußte ich damals nichts.“

Warum änderte oder ergänzte Schulz seine Anzeige nicht? Warum informierte er – angeblich – seinen Mandanten

SPD knapp vorn

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, 1000 Befragte, 22. bis 24. März 1993



Engholm-, Jansen-Anwalt Schulz
„Umfassendes Mandat“

Engholm nicht sofort über die kriminellen Machenschaften und deren Urheber? Das Versäumnis kann ihm ein standesrechtliches Verfahren einbringen.

Jansen erklärt weiter, er nehme „das Recht eines jeden Bürgers auf einen Anwalt seines Vertrauens und dessen Schweigepflicht“ in Anspruch; das sei für ihn „von sehr grundsätzlicher Bedeutung“.

Nur auf Bitten Engholms und „sehr ungern“ entbinde er Schulz nun ein wenig von der Schweigepflicht; dies gelte aber nur für den „Gesprächsverlauf“ im Lysia und auch nur gegenüber dem Untersuchungsausschuß. Seine „grundsätzliche Position“ gebe er „nur schweren Herzens auf“. Und: „Dies wird es kein weiteres Mal geben.“

Jansen teilt zudem mit, er habe über das Lysia-Gespräch „nicht nur mit meinem Anwalt gesprochen, sondern auch mit anderen Personen meines Vertrauens, z. B. mit meinem Arzt und meinem Pastor, und zwar auch im nachhinein, um die Thematik gefühlsmäßig abzuarbeiten“. Er sei „deshalb nicht bereit, dieses alles so offenbaren, auch nicht unter öffentlichem Druck, egal durch wen“.

Mit dieser Mischung aus Halsstarrigkeit und Larmoyanz, mit der stückweisen Aufhellung der Vorgänge machen Engholm und Jansen sich weiter angreifbar und schädigen sich vor allem selbst.

Warum, so fragen sich Parteifreunde Engholms in Kiel und anderswo, darf etwa Peter Schulz nicht sofort sein Wissen von damals umfassend öffentlich preisgeben? Das lange Schweigen, das ihm von seinen Mandanten auferlegt wurde, könnte nun auch den Ruf des Rechtsanwalts ruinieren.

durchsichtigen Machenschaften des Pfeiffer-Sponsors.

Der Eindruck trog. Am Mittwoch korrigierte sich Engholm. Anwalt Schulz habe „auch im Rahmen des von mir Peter Schulz übertragenen und von ihm wahrgenommenen umfassenden Mandats“ mit Pfeiffer, Jansen und Nilius konferiert (siehe Kasten).

Für Engholm wird es damit noch spannender. Entlastung von dem Verdacht, er sei spätestens nach der Lysia-Runde über Pfeiffers Aktivitäten aufgeklärt worden, ist nicht in Sicht. Bleibt Engholm bei der Version, er habe vor dem 13. September 1987 nichts von den Taten Pfeiffers gewußt, stehen seiner Partei bis zum 22. April Tage bangen Wartens bevor.

Dann erst wird Schulz vor dem Ausschuß befragt. Und auch an diesem Datum ist, so fürchtet ein SPD-Präsident, „das Puzzle mit den vielen Unbekannten“ nicht beendet.

Engholm-Vertrauten graust bei dem Gedanken, Schulz werde im Ausschuß befragt, ob er beispielsweise am 8. September seinen Mandanten Engholm über die Ereignisse vom Vorabend informiert habe, und der Anwalt verweigere unter Hinweis auf die präzise auf den 7. September beschränkten Entpflichtungen erneut die Aussage. „Ich darf gar nicht daran denken.“

Offen trauen sich die Engholm-Kritiker nur selten, ihren Vormann zu kritisieren. Der ist voller Mißtrauen. Anwesenheit oder Abwesenheit bei Sitzungen wird, je nach Standort und Interesse, zu demonstrativen Akten pro oder contra Kanzlerkandidat umgedeutet.

Die seit langem als Open-end-Aussprache geplante Sitzung des SPD-Präsidiums am Montag vergangener Woche in der saarländischen Landesvertretung geriet zu Farce. Engholm teilte Altbekanntes mit, versprach Schriftliches für die nächsten Tage und entzog vorzeitig gen Kiel.

Keine Chance für offene Worte. Es sollte sich nicht wiederholen, was Ende Februar am Rande einer Ministerpräsidentenkonferenz in Potsdam passiert war. Dort hatten sich Engholm und Schröder, angefeuert durch alkoholische Getränke, stundenlang über den richtigen Weg zur Macht gefetzt, ehe sie sich morgens gegen vier Uhr, so heißt es, wieder versöhnten.

In dieser Konfliktsituation wird deutlich, wie sehr der Partei eine Autorität fehlt. Die unübersichtliche, weil auf viele Landeshauptstädte verteilte Macht der Brandt-Enkel wird zum Existenzproblem für die SPD.

Einander nicht wohlgesinnte Führungsfiguren gab es auch früher, zuletzt Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt. Doch dieses Trio siedelte in Bonn, alle gehörten der Bundestagsfraktion an. Jeder behielt den anderen im Auge. Anders im Vorwahljahr 1993. In

Dreh Bier!

WERBUNG AG



Aphorismus Nr. 100

Getretener Quark wird breit - nicht stark.

→ Goethe

Weitere Lebensweisheiten finden Sie bei Muskote 100.

MUSKOTE
»100«

CIGARETTENPAPIER
Die französischen Blättchen voller Lebensweisheiten.



Ermenegildo Zegna



High Performance von Ermenegildo Zegna – aus diesem superleichten und extrem knitterarmen Wollstoff entstehen Sakkos, Hosen und Anzüge, die für anspruchsvolle Menschen weltweit zum Inbegriff zeitgemäßer Sommerbekleidung geworden sind.

Aus dem in der eigenen Weberei entwickelten High Performance entstehen bei Ermenegildo Zegna Bekleidungsstücke, die auf Grund ihrer excellenten Verarbeitung Tragekomfort in Vollendung bieten.

Es liegt nahe, daß Sie in Deutschlands einzigem Ermenegildo Zegna-Geschäft auch die exklusivste Auswahl an High Performance-Bekleidung von Ermenegildo Zegna finden.

Ein Abstecher nach Berlin ist also lohnend.

Ermenegildo Zegna Berlin
Bleibtreustraße 24
Telefon (0 30) 8 82 37 86

Bonn soll Hans-Ulrich Klose eine Fraktion gegen die Regierung positionieren. Die Macht liegt jedoch bei den SPD-Landesfürsten, die der Kanzler wegen ihrer Mehrheit im Bundesrat zum Regieren braucht und sie deswegen hofiert.

Bislang durfte Engholm darauf hoffen, daß seine Kollegen aus den Ländern nicht darauf erpicht sein würden, ihm Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur noch streitig zu machen. Mit seinen überragenden Popularitätswerten hatte Engholm lange Zeit auch jene Kollegen auf Distanz halten können, denen der laue Führungsstil ihrer Nummer eins suspekt ist.

Doch nun wuchern Zweifel, ob Engholm noch der richtige Herausforderer gegen Helmut Kohl ist. Landespolitiker wie der Niedersachse Gerhard Schröder

sein niedersächsischer Kollege Schröder antritt, kann auch Scharping nicht abseits stehen. Schröder verbirgt seinen Machtwillen nicht; gegenüber Mitarbeitern entwickelt er in diesen aufregenden Wochen seine Pläne für den Marsch auf den SPD-Spitzenplatz. In einem Buch (siehe Seite 39) hat er unlängst ganz offen Engholms und Klosers laue Oppositionspolitik heftig kritisiert.

Wenn Schröder als Ersatzkandidat für die Kanzlerschaft antritt, würde Scharping, der flügelübergreifend Sympathien besitzt, Anspruch auf den SPD-Vorsitz erheben. Nur einer könnte ihm diese Position streitig machen: Johannes Rau.

Der Düsseldorfer Ministerpräsident würde sich, dessen sind sich Kenner der NRW-Szene sicher, jedoch darauf be-



SPD-Ministerpräsident Rau: Moderator für den Kampf um die Nachfolge?

oder die Bayerin Renate Schmidt müssen zudem fürchten, daß der angeschlagene Spitzenmann ihre eigenen Wahlchancen im nächsten Jahr mindern könnte.

In Parteizirkeln werden Alternativen zu Engholm bereits diskutiert. Fest steht jedoch: Ein Sturz des Vorsitzenden über die Jansen/Nilius-Affäre käme allen potentiellen Nachfolgern zu früh.

Der Saarländer Oskar Lafontaine ist noch angeschlagen von seinen Affären. Er braucht Zeit, sein Image als konzeptioneller Kopf der Partei wieder aufzuputzen.

Der Mainzer Rudolf Scharping hat sich in den zurückliegenden Monaten über Rheinland-Pfalz hinaus zwar als sachkundiger Verhandler über Asyl und Finanzen bekannt gemacht. Seinen bundespolitischen Ambitionen sind allerdings Grenzen gesetzt, er muß im Jahre 1996 die SPD-Vorherrschaft in Rheinland-Pfalz verteidigen.

Dabei weiß der Taktiker Scharping genau, daß er wachsam bleiben muß. Wenn

schränken, den Kampf um die Nachfolge zu moderieren. Schließlich rechne sich Rau nach wie vor gute Chancen aus, im nächsten Jahr Nachfolger Richard von Weizsäckers als Bundespräsident zu werden.

Der ehrgeizige Schröder wäre, so sehen es führende Sozialdemokraten, zur Trennung von Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur und zum Teilen der Macht mit Scharping bereit. Engholm müsse sogar damit rechnen, daß Schröder ihn zum Verzicht zwingt, wenn sich die Lage in Kiel nicht schnell kläre.

Dann werde sich der Hannoveraner, so berichtet ein Vorstandsmitglied, bereits auf dem Novemberparteitag als Kohl-Herausforderer bewerben, damit ihm ein Jahr Zeit bis zur Bundestagswahl bleibt.

Bei der Niedersachsenwahl im Mai 1994 allerdings käme Landesvater Schröder dann in die Klemme: Er müßte den Wählern erklären, warum er als Kanzlerkandidat noch einmal Ministerpräsident werden will.